

750 Gemälde – wo sind die anderen Schätze?

Propaganda mit zurückgegebenen Kunstwerken – Der Hintergrund

In den letzten Märztagen gab der sowjetische Ministerrat überraschend die Freigabe der bei Kriegsende aus der Dresdener Gemäldegalerie verschleppten Kunstwerke bekannt. Etwa 200 dieser jetzt genannten 750 Gemälde hatte man in der Leningrader Eremitage und anderen Sowjetmuseen bereits katalogisiert, mehr als 500 wurden vorher von den Sowjets niemals als gerettet zugegeben. Rund 300 weitere Gemälde, deren Abtransport aus der Dresdener Galerie einwandfrei festgestellt worden ist, bleiben verschwunden. Mit ihnen aber zahllose Kunstschätze aus Berlin, Weimar, Potsdam, Leipzig und anderen Zonenstädten. Unermeßlicher Privatbesitz an Kunstgütern tauchte in den Jahren 1948–1952 plötzlich in sowjetischen Museen und Ausstellungen auf. Warum ist nun – entgegen dem sonstigen Schweigen – um die 750 Dresdener Gemälde, die erfreulicherweise zurückgegeben wurden, ein solcher Propagandarummel gestartet worden.

Wie es in der TASS-Erklärung heißt, ist die Freigabe der als Kriegsbeute betrachteten Gemälde auf Grund von Verhandlungen mit sowjetzonalen Stellen erfolgt. Tatsache ist, daß diese Stellen von der Rückgabe fast nichts erfahren haben. Ebenso waren viele Dresdener nicht schlecht erstaunt, als plötzlich in allen SED-Zeitungen Artikel jenes „Armeegeneral I. Petrow“ auftauchten, der die Dresdener Kunstschätze „gerettet“ haben will.

Dichtung und Wahrheit

Hier die Erklärung Petrows: Bei der Eroberung des zerstörten Dresdens habe man festgestellt, daß alle Gemälde an einen unbekanntem Ort gebracht und dort in verminten Höhlen versteckt worden seien. Unter furchtbarer Gefährdung hätten Sowjettruppen ganze Höhenzüge entmint und die in feuchten, stickigen Katakomben untergebrachten Kunstschätze aus Konservierungsgründen in die Sowjetunion verbracht. Von Anfang an sei klar gewesen, daß es sich dabei nur um eine schützende Aufbewahrung zu treuen Händen handeln sollte.

1945 sah es so aus: Ein Spezialkommando des Armeekom-

mandos Konjew verfrachtete sämtliche erreichbaren Angestellten und Restauratoren der Dresdener Gemäldegalerie auf Lastwagen und fuhr mit ihnen an einen unweit gelegenen Ort, wo man an Hand original gefundener Pläne den Zugang zu den verlagerten Gemälden fand. Sie zeigten, daß die Kunstwerke in einer Reihe erzgebirgischer Schlösser lagen. Von Minen und sonstigen Gefahren war nicht die Rede.

Dann wurden sämtliche über 1000 Gemälde mit Güterwagen eines sowjetischen Lazarettzuges nach Leningrad gebracht.

Als man 1948 dahinterkam, daß viele der als Kriegsbeute verlorenen Gemälde in Sowjetkatalogen als „Besitz“ dieses und jenes Museums erschienen, wagten sowjetzonale Kunstexperten, bei den Sowjets vorstellig zu werden. Sie erhielten knappe Dementis, des Inhalts, daß besagte Gemälde zum größten Teil „durch Kriegseinwirkungen verlorengegangen“ wären.

Noch als man aus Propagandagründen an den Wiederaufbau des Dresdener Zwingers und anderer zerstörter Kulturstätten ging, war an eine Rückkehr der

„Sixtinischen Madonna“ und anderer Werke nicht zu denken. Um so erfreulicher ist es, daß 750 Gemälde jetzt zurückgegeben werden.

Was gab den Ausschlag?

Argumente für „Kulturgespräch“

In Deutschland war die SED mit ihren „gesamtdeutschen“ Bemühungen festgefahren! Es nützte nichts, daß sich Kultusminister Becher selbst in Westberliner Bierlokale setzte, daß man versuchte, westdeutsche Künstler durch Höchstgagen für eine SED-Schaustellung zu gewinnen. Als die SED im Januar dieses Jahres versuchte, international anerkannte Gelehrte nach Dresden zu verpflichten, wurde von der westlichen Fachwelt erneut die Frage nach den verschwundenen Dresdener Kunstschätzen gestellt.

Die Freigabe ist den Sowjets gewiß nicht leicht gefallen. Wenn sie es trotzdem taten, so zeigt das, was ihnen das „gesamtdeutsche Gespräch auf dem kulturpolitischen Sektor“ wert erscheint.

Wo bleibt das andere?

Vieles andere bleibt verschwunden. Taucht es eines Tages vielleicht unter gleichen Aspekten auf? Es ist bekannt, daß sich in den Wohnungen leitender Ostberliner Funktionäre wertvollster Museumsbesitz befindet. Sowjetische Kommandanten nahmen sich in den Jahren bis 1949 unersetzliche Gemälde mit. Vieles, was heute angeblich „den Bomben zum Opfer gefallen ist“, war in Wirklichkeit lange vor den Luftangriffen verlagert und hängt heute irgendwo als streng gehüteter Sowjetbesitz.

Aber wo fängt man an?

DT. Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge durch Frankreich und die Bundesrepublik hat eine außerordentlich lebhaft diplomatische Aktivität eingesetzt. Sie spielt zwischen Moskau und Wien, zwischen Moskau und den Westmächten, innerhalb der Westmächte, — und ganz am Rande ist auch die Bundesrepublik an ihr beteiligt. Alle diese diplomatischen Bemühungen gelten einer neuen Viererkonferenz.

In der Bereitschaft zu einer solchen Konferenz stimmen heute Moskau, Washington, London, Paris und auch Bonn überein. Noch keine Klarheit besteht jedoch über den Zeitpunkt und die Aufgabe, die der Konferenz gestellt werden soll. An Themen fehlt es wahrhaftig nicht: Deutschland, Österreich, der Ferne Osten, die europäische Sicherheit, das Abrüstungsproblem, die Atombombe, um nur die wichtigsten zu nennen.

Moskaus Drang zum Gespräch

Für die Westmächte ist es ein seit langem ausgesprochenes Ziel, irgendwann zwischen der Ratifizierung und der Verwirklichung der Verträge zu einer neuen Konferenz mit Moskau zu gelangen. Die Sowjets hatten ursprünglich eine solche Konferenz „nach“ der Ratifizierung als sinnlos bezeichnet.

Später schlich sich dann in die sowjetische Sprache das Wort „Verwirklichung“ ein. Das sollte offenbar bedeuten, daß nach der verbesserten Auffassung Moskaus das entscheidende Hindernis für Verhandlungen über die Deutschlandfrage erst mit der Verwirklichung der Verträge beginne.

So heißt es z. B. jetzt auch in einem Kommentar der „Pravda“ zu dem Interview, das der französische Ministerpräsident Faure dem sowjetischen Blatt gewährte, „daß die Ratifizierung und die Verwirklichung der Pariser Verträge in Europa eine neue Lage schaffen würden“. In ähnlichem Sinne wird im Leitartikel des gleichen Blattes am gleichen Tage gesagt, solange die Pariser Verträge noch nicht in Kraft getreten und wirksam

geworden seien, sei es „immer noch möglich, den Gang der Ereignisse aufzuhalten und den Weg zum Kriege zu blockieren“.

Was hier aufgehalten werden soll, das ist nun nicht etwa ein Krieg, den weder Moskau noch der Westen wollen, sondern das sind noch immer die Pariser Verträge — selbst noch in diesem weit vorgeschrittenen Stadium.

Das österreichische „Modell“

Moskau ist also sichtbar bemüht, eine Viererkonferenz noch vor der Verwirklichung der Verträge herbeizuführen. Auch die Meldungen, daß Moskau mit einer Viererkonferenz über weltpolitische Probleme einverstanden sei, aber die Behandlung der deutschen Frage ablehne, falls die Bundesrepublik mit der Verwirklichung der Verträge beginnen sollte, läßt einen sowjetischen Druck auf einen Konferenztermin vor der Verwirklichung der Verträge erkennen.

Alle diese sowjetischen Erklärungen sind weder überraschend, noch bedeuten sie eigentlich einen Stellungswechsel. Sie wollen wahrscheinlich mit einigem Nachdruck zur Kenntnis geben, daß Moskau über die großen weltpolitischen Probleme zu sprechen bereit sei, aber nach der Verwirklichung der Verträge nicht mehr über die Deutschlandfrage — wenigstens zunächst nicht. Ein Niemals gibt es nämlich nicht in der Politik.

Deutlich genug ist dabei sichtbar geworden, daß Moskau zunächst und vor allem an der österreichischen Frage interessiert ist. Hier wird auch in dem großen diplomatischen Zwischenspiel, das wir jetzt erleben, der erste konkrete Schritt mit dem zum 11. April vorgesehenen Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Raab und seines Außenministers Figl in Moskau erfolgen. Diesem Besuch sind diplomatische Verhandlungen zwischen Moskau und Wien vorausgegangen, in denen die Sowjets mit der Bereitschaft zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags die Forderung nach Vereinbarungen der vier Mächte zur Verhinderung eines neuen Anschlusses an Deutschland und zur Sicherung der Bündnislosigkeit Österreichs verbanden.

Moskau möchte, daß nicht nur Österreich, sondern auch die vier Mächte sich ausdrücklich auf den Status einer Neutralisierung Österreichs verpflichten. Eine solche Garantie, die einer dauernden Beschränkung der österreichischen Selbständigkeit und Handlungsfreiheit gleichkommen würde, scheinen indessen die Westmächte bisher nicht geben zu wollen.

Es ist noch keineswegs sicher, ob die sowjetische Politik unter annehmbaren Umständen ernsthaft und an erster Stelle wirklich den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages will. Sicher aber ist, daß sie mit dem, was sie Wien anbietet, sozusagen das sowjetische „Modell“ für die Lösung der Deutschlandfrage öffentlich vorführen und erproben will: nämlich den prompten Abzug aller Besatzungstruppen und die von allen Mächten garantierte Bündnislosigkeit.

Diese Lösung würde selbstverständlich den Verzicht auf die Verwirklichung der Pariser Verträge einschließen.

Harte Gegensätze

Wenn es also, selbst nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, in dem von den Sowjets erstrebten Zeitpunkt zu einer Erörterung der Deutschlandfrage kommen sollte, dann werden sich die östliche und die westliche Position sehr hart gegenüberstehen.

Es ist heute schwer anzunehmen, daß dann der Westen auf die Verträge, oder Moskau auf das Pfand der Zone verzichten oder auf andere Weise ganz neue Entscheidungen möglich werden. Immerhin aber werden die beiderseitigen Positionen bis zu einem bisher noch nicht erreichten Punkte geklärt werden können.

Wahrscheinlich behält dann der Bundeskanzler recht, der dieser Tage erklärte, daß die Wiedervereinigung nur innerhalb einer allgemeinen Entspannung der Ost-West-Beziehungen möglich sei. Man müßte also, so folgerte er, an ein umfassendes Übereinkommen der beiden Mächteblocks denken.

Aber wo fängt man an, um eine ost-westliche Entspannung herbeizuführen? Am besten sicher überall.

Bundestag nach Berlin?

Bonn (DPA). Der deutsche Bundestag wird voraussichtlich am Tage der deutschen Einheit, am 17. Juni, in Berlin zu einer Sondersitzung zusammentreten. Auf einer Sitzung des Ältestenrates in Bonn wurde der Gedanke von allen Parteien begrüßt. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

5000 DM Belohnung

Berlin (Eigenmeldung). Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 5000 DM für Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung des Attentäters führen, der an den FDP-Landesvorsitzenden Schwennicke ein Sprengstoffpaket geschickt hat.

Neue Lage fordert neue Politik

Wiedervereinigung durch internationale Entspannung

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat erklärt, überall in der Welt müßten jetzt neue Konzeptionen entwickelt werden, die der veränderten Lage, die nach Annahme der Pariser Verträge durch Frankreich geschaffen sei, Rechnung tragen. Nach Auffassung Adenauers ist schon jetzt zu erkennen, daß das Ziel aller Überlegungen sein werde, eine Entspannung zwischen Ost und West herbeizuführen.

Im Rahmen einer solchen großangelegten politischen und diplomatischen Politik der Entspannung, so fügte Adenauer hinzu, werde sich auch die Wiedervereinigung Deutschlands vollziehen.

Fahrpreisermäßigung für Zonenbewohner

Berlin (Eigenmeldung). Der Bundestagsausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen hat nach dreitägigen Beratungen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt. Vor allem wird er dem Bundestag vorschlagen, Berlin und Bonn zum Amtssitz des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen zu erklären.

Die Bundesbahn soll ersucht werden, Besuchern aus der Sowjetzone bei der Rückfahrt in ihre Heimat verbilligte Rückfahrkarten zu gewähren.

Ferner hat der Ausschuß beschlossen, dem Bundestag die

NATO-Aufnahme Anfang Mai

Alle Vorbereitungen sind getroffen

Paris (Eigenbericht). Der Ministerrat der Nordatlantikpakt-Staaten wird zwischen dem 2. und 10. Mai in Paris zusammentreten. Den vorläufig einzigen Programmpunkt bildet die Aufnahme der Bundesrepublik. Dieses Ereignis wird mit einem feierlichen Akt unter Hissung der deutschen Farben als der 15. Fahne vor dem Hauptquartier in Louveciennes begangen.

Bonn wird — wie alle anderen NATO-Regierungen — schon demnächst durch eine kleine Gruppe von Militärs vertreten sein, und zwar unter Führung von General Speidel. Diese Gruppen stellen die Verbindung

zwischen dem Oberkommando und den Regierungen der Mitgliedstaaten her.

Für den Anfang ist die Entsendung von 40 bis 60 Offizieren in das Hauptquartier vorgesehen, sie sollen sich mit den Dienstvorschriften sowie mit den technischen und geistigen Methoden der Atlantikführung vertraut machen, ehe sie als internationale Offiziere in ihre Dienststellen eingeteilt werden.

Im NATO-Hauptquartier sind gegenwärtig 400 derartige Offiziere tätig, davon 170 Amerikaner, 90 Briten, 70 Franzosen, 35 Italiener.

Von den deutschen Verbänden wird wie bei den anderen kontinentalen Mitgliedstaaten rund ein Drittel „integriert“ sein, das heißt stets der Befehlsgewalt des Hauptquartiers zur Verfügung stehen. Die militärische Ausrüstung wird für die deutschen Landtruppen zu 80 Prozent von den USA geliefert, für die Luftflotte und Marine fast vollständig von den Verbündeten, bis die deutsche Rüstungsindustrie sich an der Herstellung moderner Waffen beteiligen kann.

DRK-Präsident bei Puschkin

Bonn (AP). Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, und der Leiter des DRK-Suchdienstes, Dr. Wagner, hatten in Berlin eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin über die Frage des Zusammentreffens von Vertretern des DRK und des sowjetischen Roten Kreuzes. Weitz gab nach der Besprechung der Zuversicht Ausdruck, daß die seit längerer Zeit laufenden Bemühungen um Rot-Kreuz-Verhandlungen nunmehr bald Erfolg haben werden. Er will mit dem sowjetischen Roten Kreuz Besprechungen über das Problem der Gefangenen und Vermissten führen.

„Unteilbares Deutschland“ will hervortreten

Bonn (DPA). Nachdem die vorbereitenden Arbeiten des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ zu Ende sind, wird die Bewegung jetzt mehr an die Öffentlichkeit treten als bisher.

Die Arbeit des Kuratoriums wird sich in diesem Jahr zunächst besonders auf die Schiller-Gedenkfeiern und auf das Gedenken der zehnjährigen Wiederkehr der Teilung Deutschlands konzentrieren.

Landmannschaften-Treffen

Berlin (Eigenmeldung). Zum 10. Jahrestag der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten werden alle deutschen Landmannschaften im Juli in Berlin ein Treffen abhalten. Die Beteiligung westdeutscher Landtage ist vorgesehen.

Disziplinarverfahren

Bonn (AP). Bundesinnenminister Dr. Schröder hat gegen den ehemaligen Feldmarschall Schörner ein förmliches Disziplinarverfahren wegen Verdachts schwerer Dienstvergehen mit dem Ziel der Aberkennung seiner Pensionsrechte eingeleitet.

Verkehrsschikanen werden nicht hingegenommen

Westliche Abwehrmaßnahmen gegen Pankows Straßenzoll

Berlin (Eigenmeldung). Der Straßenzoll, den Pankow seit dem 1. April von allen Westberliner und westdeutschen Fahrzeugen erhebt, die in der Sowjetzone liegende Straßen befahren, hat von westlicher Seite energische Abwehrmaßnahmen ausgelöst. Vor allem wurden die Interzonenhandelsbesprechungen vom Westen vorläufig unterbrochen. Die Interzonenhandelsbeauftragten verhandeln jetzt ausschließlich über die Beseitigung der neuen östlichen Verkehrsschikane.

Die alliierten Oberkommissare protestierten beim sowjetischen Oberkommissar Puschkin, nachdem der Bundestag sie um Intervention gebeten hatte. Der Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus bezeichneten den Pankower Straßenzoll als Bruch des Abkommens von 1949 nach der Blockade, wo der Osten „ungehinderten Interzonenverkehr“ zusagte.

Die neuen Gebühren sind von Pankow so hoch festgesetzt worden, daß die Absicht, den Verkehr zwischen Westberlin und Westdeutschland zu behindern, eindeutig klar ist. Das gilt vor allem für den Güterverkehr, für den die Straßengebühren bis zum 15fachen Preis erhöht wurden. Lastwagen müssen bis zu 320 DM für eine Hin- und Rückfahrt zahlen. Zu der Begründung der Volkspolizei, das Geld werde für die Instandhaltung der von den Westfahrzeugen ruinierten Straßen gebraucht, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Dr. Suhr:

„Niemand wird behaupten können, daß ein Lastwagen, ein 7,5-Tonner, auch wenn er mit Anhänger fährt, auf der Fahrt von Berlin nach Helmstedt und umgekehrt für 220 DM Schaden

Amerikaner bleiben in Berlin

Berlin (DPA). Der stellvertretende US-Oberkommissar Parkman hat versichert, daß die Amerikaner bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in Berlin bleiben würden. Er erklärte, die USA seien entschlossen, in Berlin zu bleiben, um die Freiheit der Stadt zu sichern, zu ihrer wirtschaftlichen Erholung beizutragen und um für die Wiedervereinigung Deutschlands zu arbeiten. „Dies ist ein Punkt, der nicht oft genug wiederholt werden kann: wir werden in Berlin bleiben, bis diese Ziele erreicht worden sind.“

anrichtet. Die politische Absicht wird allzu deutlich, und die Mehreinnahmen von 35 Mill. DM erscheinen offenbar als angenehmes Nebengeschäft.“

Der Regierende Bürgermeister vertrat die Ansicht, daß

Bewußte Behinderung

DT. Kein Mensch glaubt den sowjetzonalen Machthabern die von ihnen gegebene Begründung für die sehr drastischen Erhöhungen der Straßengebühren des Interzonenverkehrs. Jeder Mensch aber ist überzeugt, daß diese neue schwere Belastung für Westberlin eine bewußte Schikane wegen der Ratifizierung der Pariser Verträge ist.

Gleichzeitig aber soll sie als absichtliche schwere Behinderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Westberlin wirken, der sich so sichtbar von der immer weiteren Verelendung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone infolge der kommunistischen Wirtschaftsexperimente unterscheidet.

Westliche Fachleute haben festgestellt, daß die Zone auch nicht im entferntesten das bisherige Aufkommen aus den Straßengebühren tatsächlich für den Ausbau der Straßen und Brücken verwendet, so daß diese „Straßenzölle“ jeder wirtschaftlichen Notwendigkeit widersprechen. Der größte Teil dieser Westmark-Millionen vielmehr geht in schwarze Fonds für illegale Zwecke.

Will Moskau etwa — denn dort dürfte doch der eigentliche Ursprung der Maßnahmen zu suchen sein und nicht bloß in Pankow — die neuen internationalen Gespräche über eine kommende Konferenz über die Deutschlandfrage mit solchen Pressionen beginnen?

Nach Auffassung sowohl Westberlins als auch der Bundes-

republik und auch der westlichen Besatzungsmächte widersprechen die immer noch aufrechterhaltenen Reisekontrollen an den Zonengrenzen überhaupt wie auch die Straßengebühren den früher feierlich gegebenen Zusicherungen über den freien Verkehr der deutschen Bevölkerung in ihrem Lande. Was in Potsdam vor zehn Jahren als Grundsatz festgelegt wurde, wurde im Frühjahr 1949 am Ende der Blockade in ausdrücklich getroffenen Abmachungen zwischen den Westmächten und den Sowjets erneut bestätigt.

Es konnte darum kaum ausbleiben, daß schon im ersten Augenblick des Bekanntwerdens der neuen Sperrmaßnahmen die westliche Seite nicht nur an sehr nachdrückliche Proteste dachte, sondern auch an Rückwirkungen auf den Interzonenhandel und eventuell den Transitverkehr der Sowjetzone nach Westen.

Heute schon ist erkennbar, daß die psychologischen und unter Umständen politischen Reaktionen dessen, was seit dem 1. April im Verkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik geschieht, in der ganzen Welt größer zu werden scheinen, als die östliche Seite es sich in ihrer manchmal naiven Primitivität des Spielens mit dem Recht einbildet.

Und wer es noch nötig hat, der kann jetzt über die wunderbare Harmonie zwischen den gesamtdeutschen Phrasen und den gesamtdeutschen Taten der kommunistischen Diktatur nützliche Betrachtungen anstellen. .

Aktivität um Viererkonferenz

Beratungen in vollem Gange — Ziel: Wiedervereinigung
London / Washington (DPA/AP). Der britische Premierminister Churchill und der amerikanische Außenminister Dulles beschäftigten sich mit den Aussichten für das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz. Aus den beiden Erklärungen ist zu entnehmen, daß eine derartige Konferenz von den Westmächten zwar mit allem Ernst vorbereitet wird, daß jedoch mit ihrem Zustandekommen erst in einigen Monaten zu rechnen ist.

Außenminister Dulles, der vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats die Annahme der Pariser Verträge befürwortete, erklärte, das Hauptziel der amerikanischen Politik sei nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands und der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Präsident Eisenhower dränge daher auf eine Konferenz der Großmächte.

Zunächst müsse jetzt die Po-

litik der Westmächte auf einen Nenner gebracht und die Tagesordnung ausgearbeitet werden. Die gegenwärtigen Vorbesprechungen seien nichts weiter als „Gespräche über mögliche Gespräche“. Eine Ratifizierung der Pariser Verträge würde auf jeden Fall Ost-West-Besprechungen erfolgversprechender machen.

Ratifizierung in USA, Holland, Belgien

Washington (AP). Der amerikanische Senat hat nach einer nur kurzen Debatte die Ratifizierung der Pariser Verträge mit 76 gegen zwei Stimmen gebilligt. Gegen die Ratifizierung stimmten nur zwei Republikaner.

Die USA sind nach der Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Italien das fünfte Land, das die Ratifizierung der gesamten Verträge abgeschlossen hat.

Atom-Explosionen

Las Vegas (AP/DPA). Auf dem amerikanischen Atom-Versuchsgelände in der Wüste von Nevada wurden zum erstmalig zwei Atombomben an einem Tage erprobt. Die erste Atombomben-Explosion, die auf einem Turm ausgelöst wurde, war eine der bisher stärksten. Der Lichtschein war noch in Salt Lake City, 580 km nordöstlich der Versuchsstelle, zu sehen.

Der Außenpolitische Ausschuß des US-Senats hatte mit 13 gegen eine Stimme der Ratifizierung der Pariser Verträge zugestimmt.

Den Haag (AP/DPA). Die zweite Kammer des holländischen Parlaments hat nach zweitägiger Debatte die Ratifizierung der Pariser Verträge mit großer Mehrheit gebilligt. Von den 71 Abgeordneten stimmten nur die sechs Kommunisten gegen die Verträge; 23 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit steht in Holland nur noch die Zustimmung des Senats aus.

Brüssel (DPA). Der Auswärtige Ausschuß des belgischen Senats hat mit 13 gegen zwei Stimmen bei drei Enthaltungen den Pariser Verträgen zugestimmt.

US-Anleihe für Italien

Rom (DPA/AP). Der Präsident der Weltbank, Eugen Black, hat den gegenwärtig in den USA weilenden italienischen Staatsmännern Selba und Martino eine Anleihe in Höhe von 70 Mill. Dollar zugesichert.

Die Anleihe, die dritte innerhalb von zwei Jahren, soll zur Finanzierung industrieller Vorhaben und zum Ausbau des Elektrizitätsnetzes in Süditalien dienen.

Lok-Weltrekord

Eine elektrische Lokomotive der französischen Staatsbahnen hat den nur einen Tag alten Weltrekord für Lokomotiven gebrochen. Sie erreichte eine Geschwindigkeit von 331 Stundenkilometer. Am Tag zuvor hatte eine serienmäßige Elektrolokomotive 320 Stundenkilometer erreicht.

Holland — nicht mehr in Not

Auch dort Wirtschaftswunder

In den Niederlanden sind die Vorbereitungen zu den Feiern, mit denen die Befreiung von der deutschen Besetzung vor zehn Jahren begangen werden soll, in vollem Gange.

Das Land hat an den politischen und wirtschaftlichen Folgen des letzten Krieges lange und schwer tragen müssen. Die Zerstörung der Schleusen und Deiche hatte zur Folge, daß ein Zehntel des Ackerlandes überschwemmt wurde. Vierzig Prozent der industriellen Kapazität waren außer Funktion gesetzt.

Am 1. Februar 1953 wurde das kleine Land dann noch einmal von einer schweren Überschwemmungskatastrophe heimgesucht. Es hat auch diesen Rückschlag überwunden.

Die Holländer haben allerdings in den vergangenen Jahren den Rjemen eng schnallen müssen. Sie nahmen die Steuererhöhungen der Regierung ohne viel Murren hin, nachdem sie unmittelbar nach dem Einmarsch der Alliierten mit dem Wiederaufbau begonnen hatten.

Mit Hilfe von Marshallplangeldern, deren Zuweisungen insgesamt etwa eine Milliarde Dollar betragen, wurden neue Industriewerke errichtet.

In den Kontoren und modernen Fabrikhallen, in den Häfen und an den Ladekais vollzieht sich heute tagtäglich unauffällig das holländische Wirtschaftswunder. Mehr als 1300 Handelschiffe mit 3,2 Millionen Bruttoregistertonnen befahren wieder die Weltmeere. Die Produktion ist gegenüber den Vorkriegsjahren um sechzig Prozent gestiegen. Sogar die Landwirtschaft hat trotz einer Verringerung ihrer Anbaufläche durch industrielle Anlagen ihre Erzeugung um neunzehn Prozent steigern können. Der Export hat sich mehr als verdoppelt.

Die wirtschaftliche Gesundung verdankt Holland zu einem großen Teil auch dem sozialen Frieden und einer wohlausgewogenen Regierungspolitik. Die christlich-soziale Koalitionsregierung hat das Staatsschiff mit vorsichtiger Hand durch alle Fährnisse geführt.

Joliot-Curie fühlte sich blamiert

KP-Streit um Atombomben — Das neue Dogma

Wien, Anfang April (Eigenbericht). Ein schwerer Meinungskonflikt über die Gefahren eines Atomkrieges ist jetzt infolge der unterschiedlichen Beurteilung dieses entscheidenden Problems durch Malenkow im Vorjahr und durch Molotow im vergangenen Monat zwischen dem Präsidenten des kommunistisch gesteuerten Weltfriedensrates, dem französischen Atomwissenschaftler und Nobelpreisträger Joliot-Curie und dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez, als Verfechter des neuesten Moskauer Dogmas entstanden.

Am 13. März hatte Malenkow vor dem Obersten Sowjet erklärt, daß „ein neuer Weltkrieg angesichts der modernen Mittel der Kriegführung das Ende der Weltzivilisation bedeutet“, und seitdem bildeten diese Worte die Grundlage für die kommunistische Propaganda gegen die im Besitz der Westmächte befindlichen Atomwaffen. Besonders Joliot-Curie als anerkannter Wissenschaftler und Vorkämpfer kommunistischer Ideen hatte im Anschluß daran durch das Büro des in Wien residierenden Weltfriedensrates diese Linie vom Untergang der Weltzivilisation durch die Atomwaffen weiterentwickeln lassen.

Molotow erklärte nun im Februar 1955 unmittelbar nach Absetzung Malenkows, ebenfalls vor dem Obersten Sowjet, plötzlich etwas ganz anderes. Er sagte, im Falle eines Atomkrieges werde nicht die Weltzivilisation untergehen, sondern „untergehen wird vielmehr das kapitalistische System, das sich überlebt hat.“ Das entsprach völlig der alten kommunistischen These gegen den Pazifismus und zugunsten jener „gerechten Kriege“, durch die der Bolschewismus die Weltherrschaft erringen will.

Sofort mußten natürlich die kleinen Unterführer der ausländischen kommunistischen Par-

teien diesem veränderten Kurs Moskaus folgen. Als erster gehorchte der Franzose Maurice Thorez. Er wandte sich gegen die „Übertreibungen von den schrecklichen Wirkungen der Wasserstoffbombe“, wie sie gerade vom Weltfriedensrat unter Leitung Joliot-Curies bisher besonders eifrig verbreitet wurden, um Angst und Panik im Interesse der kommunistischen Sache zu verbreiten. Maurice Thorez lehnte diese „apokalyptischen Visionen“ entschieden ab. Dadurch fühlte sich allerdings

der stets als kommunistisches Aushängeschild herausgestellte Nobelpreisträger Joliot-Curie so arg blamiert, daß er einen Brief an Thorez schrieb. Darin stellte er fest, bisher sei es doch gerade das Hauptargument der kommunistischen Parteien gewesen, im Gegensatz zu den letzten Äußerungen aus Moskau die Wasserstoffbombe als die absolute Zerstörungswaffe für den Planeten Erde hinzustellen. Er verstehe danach nicht mehr, was man wolle.

Das wird jedoch Joliot-Curie und anderen kommunistischen Parteiführern wie Jacques Duclos, die alle bisher ihre Atompropaganda auf das Malenkow-Wort eingestellt hatten, recht wenig nützen. Dem Wissenschaftler Joliot-Curie wird nur übrigbleiben, statt auf sein Gewissen, auf das er sich bisher stets mit großer Leidenschaft berief, besser auf die Stimme seiner sowjetischen Herren zu hören.

„Glanz“ der Planwirtschaft

Stimmen sowjetzonaler Blätter

„Besonders rege im Einführen sowjetischer Neuerermethoden sind die Kolleginnen im Konsum-Textilkaufhaus in Birkenwerder. Nach dem Vorbild des sowjetischen Neuerers Popatow haben sie alle Säulen des Verkaufsraumes mit den neueingetroffenen Stoffen bespannt, um eine genaue Übersicht der am Lager vorhandenen Stoffe zu geben. Ein Schild gibt Stoffbreite und Preis je Meter an. Diese Arbeitsmethode findet bei den Käufern großen Anklang, denn ohne viel zu fragen, kann sofort die Auswahl getroffen werden. Ausgestanzte Schablonen, die an den Säulen befestigt sind, ermöglichen dem Käufer,

sich vorzustellen, wie das fertige Kleid aussehen wird. Auch die Arbeit der Verkäuferinnen wird erleichtert, da das Wälzen vieler Stoffballen wegfällt.“

(„Märkische Volksstimme“

Nr. 71)

„Ostern steht vor der Tür, das merkt man überall an den Schaufenstern in der Stadt. Die HO verkauft zu diesem Fest Steinskulpturen in Form von Hasen, Hennen usw. Seltsamerweise werden diese Steinbrocken in den Lebensmittelabteilungen unter der Bezeichnung ‚Persipan‘ verkauft. Auf die Frage an die Verkäuferin, wie alt diese Tiere denn seien, wurde uns die Antwort: ‚Diese Sachen sind noch vom vorigen Osterfest!‘

Nun bin ich der Meinung, daß selbst ein Persipanhase nach einjähriger Lagerung nicht mehr zu genießen ist, schon gar nicht zum Preis von 0,45 bis 1,65 DM. Wenn das Getier aber unbedingt verkauft werden soll, dann nur mit einem Warnschild: ‚Achtung! Diese Ware darf nur von Leuten mit Eisenzähnen gekauft werden!‘

(„Schweriner Volkszeitung“

Nr. 71)

Jugendweihe mit Tanz

Berlin (epd). Nach Meldungen aus Erfurt, wo die ersten Jugendweihen am Ostersonntag stattfinden, soll der Vorabend durch Gesang, Spiel und Tanz begangen und „Friedensfeuer“ angezündet werden. In Mühlhausen veranstaltet die FDJ für die Teilnehmer an der Jugendweihe ebenfalls am letzten Tag

der Karwoche ein „Fest des Liedes und des Tanzes“.

Verschleppter heimgekehrt

Berlin (AP). Nach zehnjährigem Zwangsaufenthalt in der Sowjetunion ist der Ordinarius für physikalische Chemie an der früheren Technischen Hochschule Berlin, Professor Dr. Max Vollmer, jetzt nach Potsdam-Babelsberg zurückgekehrt.



Altes russisches Sprichwort sagt:
„Geld liegt auf der Straße!“

Wo man singt ...

Der Volksmund irrt nicht, so sagt man allgemein. Aber seine sprichwörtliche Weisheit „Wo man singt, da lass' dich nieder, böse Menschen kennen keine Lieder“ scheint zumindest heute in einem Teil Deutschlands an Weisheitswert eingebüßt zu haben. Diese Erfahrung jedenfalls mußten mehr als zweihundert Dirigenten und Chorleiter aus Westberlin und der Bundesrepublik machen, als sie sich jetzt nach Eisenach zu einem „ersten deutschen Chorkongreß“ einladen ließen. Es galt dort, ein „gesamtdeutsches Sängertreffen auf der Wartburg“ vorzubereiten.

Aber es wurde nicht diskutiert, welcher Einzugsmarsch etwa zum edlen Sängertwettstreit auf der Wartburg geblasen werden solle. Die freundlichen Gastgeber hatten eine andere Vorstellung von Sängerbänden und Volksliedern, als ihre Gäste

offenbar vermuteten. Die roten Barden sprachen nicht nur eine andere Sprache, sie sangen auch anders, allenfalls noch nach den gleichen Noten.

Sängerbünde dienen nicht etwa geselligen und künstlerischen Zwecken, sondern sind „Waffen des Volkes“. Das Volkslied ist „ein Produkt der unterdrückten Klasse“, und deshalb gab der Kongreß, so meinte Sowjetzonen-Nationalpreisträger Prof. Koch, Anlaß, sich mit der wegen der „Pariser Verträge entstandenen Kriegsgefahr“ zu beschäftigen. Mit dem Lied „Vom berühmten Traktoristen“ lieferte ein FDGB-Chor die Begleitmusik.

Den Eisenacher Gästen war das gar nicht recht. Sie protestierten sogar, aber stimmten doch mit großer Mehrheit einer Resolution zu, in der es heißt: „Unsere deutschen Lieder ver-

Wieder zwei „Prominente“

Berlin (AP/DPA). Wieder flüchteten zwei prominente Zonen-Funktionäre. Es sind der bisherige Hauptreferent im Amt für Kirchenfragen der Sowjetzonen-Regierung, Walter Freund, und der Redakteur für Gewerkschaftsfragen des kommunistischen Ostberliner Gewerkschafts-Organs „Tribüne“, Hans-Joachim Nikolai (SED).

Freund galt als einer der engsten Mitarbeiter des stellvertretenden Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Nuschke. Er war im Herbst vergangenen Jahres kommissarisch mit der Leitung des Amtes für Kirchenfragen betraut worden, als der damalige Amtsleiter Enke seinen Posten zur Verfügung stellte. Freund soll in letzter Zeit in zunehmendem Maße Differenzen mit anderen Dienststellen gehabt haben.

Nikolai befürchtete seine Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst, da seine Arbeit in den letzten Wochen angeblich wiederholt als „nicht der Parteilinie entsprechend“ kritisiert worden war.

„Ich gebe auf“

Berlin (AP). Ein sowjetischer Offizier erschien mit einer Frau im britischen Armee-Laden in Westberlin, legte seine Pistole auf den Ladentisch und erklärte dem erstaunten Verkäufer: „Ich gebe auf“. Er und die Frau wurden sofort in Gewahrsam genommen.

Diplomat bat um Asyl

Frankfurt/M. (DPA). Um politisches Asyl bei der britischen Regierung hat der ehemalige tschechische Handelsattaché in Damaskus, Sedlacek, der in Frankfurt/M. mit seiner Frau und seinem fünfjährigen Sohn eintraf, gebeten. Als Grund für seine Flucht gab er an, daß sein Sohn einmal in einer Welt der Freiheit aufwachsen solle.

binden uns untrennbar, unser gemeinsames Lied ist gleichzeitig ein gesamtdeutsches Gespräch.“ — Aber bitte ohne Politik und ohne kommunistische Zwischentöne. Sonst könnte es Dissonanzen geben und passieren, daß die westdeutschen Sangesfreunde von der Wartburg Abschied nehmen müssen unter dem Motto: „So leb denn wohl, du stilles Haus, wir ziehn betrübt von dir hinaus...“

USA-Gastspiel der Philharmoniker

Ein großer Erfolg — Eindrucksvolles und Seltsames

Die Berliner Philharmoniker sind von ihrer Gastspielreise durch USA und Kanada zurückgekehrt. Aus ihren Berichten ebenso wie aus Briefen, die sie von dieser Reise schrieben, spricht die Bewunderung über das Bunte, Andersartige des amerikanischen Alltagslebens.

Dazu gehört vor allem der enorme Verkehr. In Chicago gab es auf diesem Gebiet ein Erlebnis eigener Art. Die Autobusse der Berliner Philharmoniker wurden in allen Großstädten von einem motorisierten

Die meisten amerikanischen Konzerthäuser sind akustisch geradezu großartig, wenn auch für deutsche Begriffe etwas groß, denn sie haben ein Fassungsvermögen von 3500 bis 4000 Personen. Selbst kleinere Städte, wie die Universitätsstadt Bloomington, verfügen über Säle, die so schön sind, „daß man nur den Wunsch hat, den ganzen Saal einzupacken und nach Berlin hinüber zu transportieren“.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Policeman vom Stadtrand bis zum Hotel geschleust. In Chicago waren es nun gleich fünf Uniformierte auf Motorrädern, die sich mit schrillum Sirenengeheul und einem Tempo von etwa 60 Meilen (nahezu 100 km) an die Spitze der Autobusse setzten und auf diese Weise den gesamten Verkehr der Millionenstadt in Kürze lahmlegten: die Wagen und Fußgänger mußten die Philharmoniker passieren lassen, während diese, sozusagen mit behördlicher Erlaubnis, sämtliche Verkehrsampeln überführen.

Die Konzerte in der wunderbaren Orchestra Hall in Chicago waren restlos ausverkauft. Die Logen des ersten Ranges, mit je fünf Plätzen, wurden zu hundert Dollar verkauft, wobei ein Aufschlag zugunsten der Krebsforschung erhoben wurde: ein echt amerikanischer Einfall.

Was auf das Orchester überall besonders starken Eindruck machte, sind die Konzertsäle.

Kirchliche Kontakte zur CSR

Begegnung evangelischer Christen

Eine Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland hat eine zehntägige Besuchsreise durch die Tschechoslowakei unternommen. Nach einigen Tagen Aufenthalt in Prag verteilten sich die Teilnehmer über das ganze Land und predigten in zahlreichen Orten in regelmäßig überfüllten Kirchen. Außerdem wurden Vorlesungen gehalten, Altersheime besichtigt, an Pfarrkonventen und staatlichen und kirchlichen Empfängen teilgenommen.

Als sehr eindrucksvoll wurde unter anderem eine Begegnung mit der polnischen Lutherischen Kirche in Teschen bezeichnet. An einem gemeinsamen Gottesdienst nahmen über 1500 arbeitende Menschen teil. Auch eine Begegnung mit der Deutschen Gemeinde, bei der es sich vor allem um böhmische Rücksiedler aus Deutschland und Deutsche aus Mittel- und Oberschlesien handelte, fand in Marienbad statt.

Wie die Teilnehmer der Dele-

In Montreal war keiner der vorhandenen Säle groß genug, um die interessierte Menge der Besucher aufzunehmen. Die Philharmoniker mußten daher in der Eishockey-Halle spielen, die für den Abend eigens umgebaut und mit besonderen Schallwänden versehen wurde. Auch dort war der Erfolg groß; und über den Abend in Boston schrieb Cypros Dorgins im „Boston Globe“: „Der enthusiastische Empfang war mehr als berechtigt. Die Leistungen des Orchesters machten einen überwältigenden Eindruck auf das Publikum.“ Darauf können unsere „Berliner“ besonders stolz sein. Denn Boston besitzt bekanntlich das berühmteste Orchester Amerikas und gilt als musikalisch besonders anspruchsvoll.

gation bei ihrer Rückkehr erklärten, sei die von den evangelischen Kirchen der Tschechoslowakei ausgesprochene Einladung nicht aus irgendwelchen politischen Gründen erfolgt, sondern der Besuch sollte dazu dienen, das Vertrauen zwischen den Kirchen zu stärken und die Verbindung zu festigen und zu pflegen. Die Bevölkerung der Tschechoslowakei habe diesen Besuch besonders dankbar empfunden.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.